

Merseburger Korrespondent.

Er scheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 2,50 Mk. durch den Boten frei ins Haus 2,70 Mk.; durch die Post 2,70 Mk. ansehl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 3.— Mk. Einzelnummer 10 Pfg.

—: Geschäftsstelle: Delgrube 9. —:

—: Fernsprecher Nr. 324. —:

Anzeigenpreis: Für die einseitige Beilage oder deren Raum 30 Pfg., im Restameteil 75 Pfg., Chiffrenanzeigen und Nachweisungen 20 Pfg. mehr. Kopierdruck ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigen - Annahme: 9 Uhr vormittags.

Nr. 285

Donnerstag den 5. Dezember 1918

45. Jahrg.

Die Nationalversammlung.

Der erste Schritt zur Wiederherstellung einer verfassungsmäßigen Regierungsgewalt im Deutschen Reich ist nun geschehen. Die provisorische Regierung hat eine Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung erlassen und als Wahltag den 16. Februar 1919, einen Sonntag, festgesetzt. Zum erstenmal wird das ganze deutsche Volk, Männer wie Frauen, vom 20. Lebensjahr zur Wahlurne schreiten, um nach dem Grundgesetz des vollen Mannes gleichen Wahls seine Stimme abzugeben. Um auch den Minoritäten, die nach dem alten Wahlrecht vielfach zu kurz gekommen sind, ihr Recht werden zu lassen, ist das Verhältniswahlverfahren zur Grundlagende des neuen Wahlrechts gemacht worden, so daß, abgesehen von ganz kleinen Parteigruppen, alle Parteien, soweit dies überhaupt möglich ist, eine gerechte Vertretung in der deutschen Nationalversammlung haben werden. Praktisch werden auch bei diesem neuen Wahlrecht keine Ungerechtigkeiten nicht zu vermeiden sein, oder, soweit es möglich ist, hat man doch versucht, alles auszuhalten, was der Gerechtigkeit im Wege steht.

Das Wahlrecht ist gut, man ist aber auch notwendig, daß die Wahl wirklich zustande kommt und daß alle Volksgenossen ihr Ergebnis als den Willensausdruck der Mehrheit des deutschen Volkes achten und sich ihr unterwerfen, auch wenn sie von ihrem Parteistandpunkt absteht mit dem Ausfall nicht zufrieden sind. Es besteht immer noch die Gefahr, daß jene äußerliche Einheit der Meinungen, die den Stimm der Parteiengruppe führt, den Versuch machen wird, die Macht durch Wassengewalt an sich zu reißen und eine Gewalt Herrschaft einzuführen, wie sie angeblich von den Bolschewiki in Rußland ausgeübt wird. Die Hauptwortführer dieser staatsgefährlichen Parteigruppe, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, haben in öffentlichen Versammlungen in Berlin bereits dazu aufgefordert, die Waffen gegen die jetzige Regierung zu ergreifen, und es wäre deshalb durchaus nicht zu verwundern, wenn ihre Anhänger den Versuch machen würden, die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung mit Wassengewalt zu sprengen, wenn ihre Zusammenkunft den Spartakisten nicht passen oder wenn die Nationalversammlung Beschlüsse fassen sollte, die nicht die Zustimmung der Spartakisten finden würden. Es ist deshalb auch schon vorgeschlagen worden, die Nationalversammlung nicht in Berlin, sondern in einem Orte Mitteldeutschlands, in Frankfurt oder auch in Erfurt, abzuhalten, da ja ein solcher Vorschlag anderswo als in Berlin kaum mit Erfolg durchgeführt werden könnte.

Zur Stärkung ihrer Autorität hat die derzeitige sozialistische Regierung auf den 16. Dezember eine Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands nach Berlin einberufen, um durch dieses Vorparlament eine endgültige Entscheidung über die Einberufung der Nationalversammlung treffen zu lassen. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß dies Arbeiter- und Soldatenparlament mit überwältigender Mehrheit der Anschreibung der Waffen und der Einberufung der Nationalversammlung zustimmen wird, was ja unbedingt notwendig ist, um im Innern zu geordneten Zuständen zu kommen und um einen baldigen Friedensschluß zu ermöglichen. Das Dazwischen, das sehr dadurch entfallen ist, daß einzelne gewandte Agitatoren sich eine genügend große Anhängererschaft sichern, um damit in ihrem Kreise eine durchaus unbedeutende Gewalt auszuüben, darf nicht lange Bestand haben. Wohin dieses Vorklärung auf eigene Faust führt, dafür bildet die Ausbildung der Regierungsgewalt durch den derzeitigen bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner ein abschließendes Beispiel. Solche Extratouren, wie sie sich dieser Revolutionar leistet, sind aber nur möglich, wenn es an einer mit der nötigen Autorität ausgestatteten Zentralgewalt fehlt. Würde in Berlin eine Regierung sitzen, die sich auf eine genügend starke Mehrheit im deutschen Volk stützen könnte, dann wäre eine politische Tragödie, wie sie von Kurt Eisner zurzeit in München aufgeführt wird, nicht möglich. Um das Deutsche Reich vor dem vollständigen inneren und äußeren Zusammen-

Neueste Nachrichten.

Französerica GEsch-Bohringens.

Bern, 4. Dez. Wirman, der Oberkommissar für GEsch-Bohringens, hat angeordnet, daß überall wieder die früheren französischen Besetzungen eingeführt werden müssen. Die deutschen Strafgerichtshöfe und die deutschen Firmen-Schlichter sind zu entfernen. Ferner hat der Generalinspektor für den öffentlichen Unterricht in GEsch-Bohringens, Deulet, dem Straßburger Korrespondenten des „Reits Pariser“ erklärt, daß das gesamte Unterrichtswesen in den französischen Universitätsorganen in GEsch-Bohringens gebracht werden müsse. Das gesamte deutsche Lehrpersonal wird abgelehrt.

Zur Verlegung von Köln.

Köln, 4. Dez. Das Gouvernement Köln ist nach Kloppeburg in Oldenburg verlegt. Seine Geschäfte im Gouvernementsbezirk hat bis auf weiteres der deutsche Generalkonsul in Brindoloff Köln übernommen.

Franzosen in Breuburg.

Wien, 4. Dez. (Priv.-Telegr.) In Breuburg trafen gestern nachmittags ein französischer Oberleutnant und erklärte, er sei als Quartiermeister für ein Detachement bestimmt, das in den nächsten Tagen Breuburg besetzen wird. Breuburg liegt eine knappe Eisenbahnstunde von Wien entfernt an der Donau.

Ein Tagesbefehl an die englischen Truppen in Deutschland.

Aus dem Haag, 4. Dez. (Priv.-Telegr.) Beim Vortreten des deutschen Vobens durch die englischen Truppen befehlt ausgegeben worden: Die vollständigste Ordnung muß von den Truppen, die den Weg haben, in Deutschland einzurücken, innegehalten werden. Mit der Bewilligung soll so wenig Verkehr wie irgend möglich stattfinden, aber jederzeit ungeschlossene Stilleheit und Selbstbeschränkung geübt werden. Jede Familiarität ist zu vermeiden. Die englische Truppen im Verhältnis zu einem geschlagenen Feind ist hoch zu halten, denn alle Maßnahmen zur Verbeugung von Entschuldigungen und Wiederbefreiungen sind Sache der Wehrmacht, aber nicht des Einzelnen. — Entschlossene Mürde der Franzosen und der Delfer sind nicht befallt.

Die Auslieferung des Kaisers und des Kronprinzen

London, 4. Dez. Die Kauer erklärt, hat sich bei den Beratungen der Londoner Konferenz gezeigt, daß man einstimmig der Ansicht ist, daß von Holland die Auslieferung des Ex-Kaisers und des Ex-Kronprinzen wegen Verletzung des Völkerrechts während des Krieges verlangt werden soll.

Oskar Karl

zum Verlassen Osterreichs aufgefodert.

Basel, 4. Dez. (Priv.-Telegr.) Sabas meldet aus Wapenagen: „Politik“ vernimmt zuverlässig, daß die österreichische Regierung infolge anarchoevolutionärer Agitation den ehemaligen Kaiser Karl aufgefodert hat, Osterreich unerschlossen zu verlassen.

Stetige Zusammenstöße mit dem Militär.

Wien, 4. Dez. (Priv.-Telegr.) Nach Innsbrucker Nachrichten sind in Oberitalien Unruhen ausgebrochen. Bei Streiks kam es zu häufigen Zusammenstößen mit dem Militär. Von den italienischen Truppen führen ganze Scharen in die Heimat zurück.

Neuer Wechsel

im Kommando des IV. Armeekorps. Magdeburg, 4. Dez. (Priv.-Telegr.) Der kommandierende General des 4. Armeekorps, General von Krefel, der erst vor einigen Tagen sein Amt angetreten hatte, hat dieses wieder niedergelegt und an seine Stelle ist der vor ihm amtierende stellw. Kommandierende General von Werber getreten. Schwere Meinungsverschiedenheiten mit dem Kommandeur sind die Veranlassung des neuen Wechsels im Kommando des 4. Armeekorps.

bruch zu retten, muß die Deutsche Nationalversammlung nicht nur sobald als möglich zusammenkommen, sondern auch so gefördert werden, daß sie keiner Willkür von irgendeiner Seite ausgesetzt sein wird. Frei und unabhängig muß sie über das Wohl und Wehe des deutschen Volkes entscheiden können, und wenn Quertreiber von rechts oder von links sie daran hindern wollen, dann muß mit aller Energie dagegen eingeschritten werden, um das Schlimmste dem deutschen Vaterlande abzuwenden.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Was Deutschland zahlen soll.

Auslieferung des Goldes. — Wiedergutmachung.

Das „Hamburger Fremdenblatt“ meldet aus dem Haag: „Daily News“ meldet, daß gegenwärtig folgende Bestimmungen für den von Deutschland und Österreich zu leistenden Schadenersatz von den alliierten Regierungen getroffen worden sind oder noch zur Erwägung stehen:

1. Die Zahlung einer auf eine Reihe von Jahren verteilten Geldentschädigung an Frankreich und Belgien in einer Gesamthöhe von 40 bis 50 Milliarden Mark.
2. Die zerstörten Häuser in den Städten und Dörfern beider Länder müssen durch deutsche Arbeiter und deutsches Material angebaut werden.
3. Die zerstörten Straßen und Wege müssen neu gebaut und hergerichtet und alles Material abgeholt werden.
4. Der Schadenersatz für den verfallenen Schiffsraum wird entweder zu erfolgen, daß deutsche Schiffe für Handelszwecke der Alliierten fahren müssen oder daß auf deutschen Werften Schiffschiffe für England und die anderen Alliierten gebaut werden.
5. Eine weitere Kriegsschiffschädigung wird festgelegt, um den Schaden der anderen Alliierten auszugleichen.

6. Auslieferung alles in Deutschland vorhandenen Goldes, Erhebung einer Abgabe von der deutschen Kohlenzeugung durch die Alliierten und Kontrolle der Kohlenzeugung durch die Alliierten.

7. Wiederherstellung der Zerstörungen in Italien sowie von den anderen von Deutschen oder Österreichern belegten Gewässern.

Diese Forderungen sind derart, daß, wenn wir sie bewilligen müssen, wir in vollständige wirtschaftliche Not hineingeführt werden und unser bisheriges Fortleben beitragen, die meinen, daß es gleichgültig sei, was sich in Deutschland wahrhafte Demokratie und wirtschaftliche Freiheit herrschen?

Der Streit um die Lokomotiven.

Zu dem Vermittlungsversuche des Staatssekretärs Erdberger an Generalissimo Koch wegen der Abgabe von Lokomotiven erklärt der Berliner Vertreter der „Köln. Ztg.“, daß Koch sein Einverständnis hierzu erklärt habe. Die gestellte Frist war gestern vormittag abgelaufen. Aus der Überlieferung haben die Franzosen keinerlei Folgerungen gezogen.

Nach klarerer Bedingung.

Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Berlin: Von unabhängiger Seite hören wir, daß mit einer Verlängerung des Waffenstillstandes nur dann gerechnet werden kann, wenn die deutsche Regierung bereit ist, noch schwerere Bedingungen zu übernehmen. Man muß sich den Ernst des Augenblicks vor Augen halten, der vor allem daraus besteht, daß auf die deutsche Anfrage bezüglich eines Präliminarfriedens bis jetzt noch keine offizielle Antwort der Gegner in Berlin eingetroffen ist. Bisherige Blicke die Rede Wilsons, die er vor seiner Abreise nach Europa in Washington hält, tragen einen unheilvollen Charakter. Wilson wird übrigens vom 10. bis 18. Dezember sich in Paris aufhalten.

Neue deutsche Note an Amerika.

Wie wir aus Berlin erfahren, steht eine deutsche Note an Amerika und die Alliierten, steht eine deutsche Note an Frankreich und den Alliierten bevor, die das offizielle Ergebnis nach Verhandlungen über einen Präliminarfrieden auspricht.

Deutsche Proteste.

Durch Vermittlung der schweizerischen Regierung sind den Vertretern der Entente in Bern folgende Proteste eingegangen:

1. Der deutschen Regierung vorliegenden Nachrichten zufolge sind vor einigen Tagen französische Truppen in die Pfalz einmarschiert, dann aber wieder zurückgezogen worden, da sie vor dem im Waffenstillstandsvertrag festgesetzten Termin eingetroffen waren. Einmarsch beruht teilweise auf der Schwärze der Pfalz zum Einmarsch beruht teilweise auf der Schwärze der Pfalz zum Waffenstillstandsabkommen in Ebad hat auf ihre Anfrage, ob die Belegung deutschen Gebietes durch farbige Truppen geplant sei, eine Antwort bis jetzt nicht erhalten. Pfalz haben sich die schwärzen französischen Truppen in der nächsten Zeit von anderen Ausrichtungen ausgeben kommen lassen. Die deutsche Regierung muß sich auf die Schritte dagegen verwahren, daß der Bevölkerung des von der Entente zu belagerten deutschen Gebietes farbige Be-

jaung umgemacht werde. Sie hat das Recht zu fordern, daß die Verhandlungen des Waffenstillstandes, welcher nach der ihr feierlich erteilten Versicherung einen Frieden des Reiches herbeiführen und einen Bund der Völker einleiten soll, in einem Gebiet abgehalten werden, bei diesem hohen Ziele und den allgemeinen Umständen der Menschheit entspricht.

Die Besetzung des linksrheinischen deutschen Gebietes erfolgt nicht im Wege kriegerischer Eroberung, sondern friedlich auf Grund eines abzuschließenden Vertrages. Die Überführung farbiger Truppen auf deutsches Gebiet ist ein Sproß auf dem Gefährd der Gemeinshaft der beiden Völker, ein Gefühl, das auch die Gegner überwinden sollte, zumal, da sie nach ihrer Erklärung nach Beendigung des Krieges in einen Völkerbund zusammenzutreten gewillt sind.

Marshall Koch hat der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaan telegraphisch angezeigt, daß die Orange-Gläser-Vorbringen gegen Baden die Stadt und Gauen abgrenzen und vorwiegend für etwa 10 Tage, gelte. Dabei sind das Gebiet von Saarbrücken und Carlsruhe in die elfst-lobtrugliche Grenze eingeschlossen. Es beharrt seines Beweises dafür, daß eine solche Maßnahme die Wirksamkeit und den Verfall der davon betroffenen benachbarten und verbundenen Gebiete auf das schwerste schädigen würde. Den deutschen Vorkriter ist von Unterzeichnung des Waffenstillstandes bestimmt erklärt worden, daß der Wortlaut des Vertragcs streng eingehalten und über seinen Inhalt in keinem Punkte hinausgegangen werden solle; insbesondere bedingte Artikel 7 keine Änderung in der bestehenden Verwaltungsgrenzen. Der Waffenstillstandvertrag enthält kein Wort, das die französische Gebietsverteilung ermächtigen könnte, die bestehenden Gebiete gegeneinander abzuheben oder gar, wie dies durch die Einbeziehung von Saarbrücken und Carlsruhe in das abgegrenzte elfst-lobtrugliche Gebiet geschehen ist, ihre Grenzen willkürlich zu verändern. Unter diesen Umständen sieht sich die deutsche Regierung genötigt, gegen die Anordnung des Marshall's noch die schärfste Verwarnung einzulegen.

Die Kosten der feindlichen Besetzung.
Der „Vorwärts“ meldet: General Ruban hat der deutschen Kommission eine Note überreicht, in der für die enalischen Wehrungsarbeiten für den ersten Monat 40 Millionen Mark gefordert werden, für die amerikanischen 5 Millionen. Die erste Note von 20 Millionen ist am 6. Dezember in Brüssel, die zweite 20 Millionen am 12. Dezember in Köln abgelaufen. Forderungen über weitere Kosten der Besetzungen werden noch bekanntgegeben.

Eine neue Versicherung des Waffenstillstandes.
Die Alliierten und die Vereinigten Staaten haben gestern der Waffenstillstandskommission erklärt, daß sie es nicht dulden werden, daß deutsche Soldaten nach dem Abschließen eines Abkommens in den besetzten Gebieten umherstreifen. Jeder Soldat, der auf dem linken Rheinufer verbleibt, wird von den Alliierten als Kriegsgefangener behandelt.

Vor dem Streik im Saarrevier?
Die Deutsche Arbeiterpartei hat die Einleitung des Streiks in den Saarrevier gebilligt. Sie drohen mit Streikausbruch und werden die Ausführung nach Ablauf acht Stunden mit Gewalt erzwingen. Die Direktion wendet sich an den französischen Kommandanten, der verspricht, daß auf den Saarrevier bezüglich der Arbeitszeit und Löhne nichts geändert werden dürfe, ohne zuvor die Genehmigung des französischen Kriegsministeriums einzuholen.

Am 6. d. M. ist es bestätigt, wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, der Hebel des Proviantamt und die Infanteriekompanie, plünderte und legte Feuer an beide Gebäude, die niederbrannten. Die französischen Besatzungstruppen wurden in Hilfe gerufen, die die Angreifer betrieben, wobei vier Personen getötet wurden. Weitere Plünderungen und Anstiftungen erfolgten in Leiningen, sowie in Selzingen.

Der Streik im oberrheinischen Kohlenbezirk kann als beigelegt gelten.

Kein Differenzial!
„Derab“ meldet aus New York: Auf eine Anfrage mehrerer Senatoren erwiderte Lansing: Es findet keine diktatorische Festlegung der Friedensbedingungen gegenüber den Mittelstaaten, sondern eine freie Abstimmung statt. Die Entscheidung hierzu ist, daß eine vom deutschen Volk beauftragte deutsche Regierung vorkommen ist.

Sina verlangt die Zurückgabe Sina's.
Einem Telegramm aus Tokio zufolge sind China's Friedensbedingungen: Schaffung der Konular-Jurisdiction, Tarifreformen, Zurückgabe Sina's, die Sina von Mongolei und Tibet. Japanische Zeitungen glauben, daß Sina von Japan Deutschland genommen, China unter der Bedingung zurückzugeben wird, daß Japan angeschlossen, oder mit anderen Nationen zusammen Konventionen erteilt werden.

Wilson erhofft Friedensschluß bis zum Frühjahr.
In der gemeinsamen Sitzung des Kongresses erklärte Präsident Wilson in einer Rede, daß er hoffe, daß der formale Friedensschluß durch Vertrag im Frühjahr erfolgen werde. Er trat für das auf drei Jahre berechnete Flottenprogramm ein, da es für einen unüberwindlichen Versuch halte, das Flottenprogramm einer künftigen Weltpolitik anzupassen, die noch ganz unbekannt ist. Er betonte Friedenskonferenzen zu nehmen, um das Ziel zu erreichen, für das die amerikanischen Soldaten Leben und Blut geopfert hätten. Bei der Besprechung der innerpolitischen Probleme erklärte der Präsident, er sei bereit, auf die Vermählung der Eltern abzuweichen, sobald eine andere befriedigende Lösung ausgearbeitet sei. Als der Präsident seine Worte, mittels persönlich zur Friedenskonferenz zu gehen, erhoben sich die demokratischen Senatoren und applaudierten stürmisch. Die Republikaner verhielten sich schweigend. Die Verlesung der Rede dauerte nahezu 2 Stunden, worauf Wilson unter lebhaftem Beifall der Demokraten den Saal verließ. Nach der Verlesung der Rede wurden zwei Resolutionen eingebracht. In einer derselben ist die Republikaner Hobbes vor, der Kongreß solle erklären, daß Wilsons Rede es ihm unmöglich mache, seine Mission als Präsident nachzuftören. Diese Resolution wurde einer Kommission überwiesen.

Madonien's Deutscher.
Das Answärtige Amt teilt mit: Nach dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen in Spaan über die Frage des

Einmarches der Arme Madonien durch Ungarn bezieht die begründete Hoffnung, daß die Arme nicht interniert wird und ihren Einmarsch fortsetzen kann.

Ein flammer Protest gegen die Abtretung des linksrheinischen Gebietes.

Die in Kreuznach zahlreich versammelten Bürger legten einen flammer Protest gegen die etwaige Abtretung des Reiches, das linksrheinische Gebiet oder einen Teil desselber dem deutschen Vaterlande abzutrennen, ein. Alle sind der Meinung, daß jedes Veri der Abtretung, möge sie in französischer Abtretung oder in der Bildung eines selbständigen Staatswesens bestehen, das größte Unglück für das betreffende Land wie für das gesamte Vaterland bedeuten würde und erklären, daß, wenn ein äußerer Zwang angewendet würde, sie innerlich sich nie und nimmer mit der veränderten Lage abfinden könnten.

Straserverfolgung der A- und E-Mitglieder in den besetzten Gebieten.

Nach Meldungen aus dem besetzten Gebiet sind nicht nur die Arbeiter- und Soldatenräte aufgelöst worden, sondern Armeekorps für die Besatzungsbereiche fordern zur Einlieferung der früheren Mitglieder der aufgelösten Arbeiter- und Soldatenräte zum Zwecke der Internierung auf. In den Landkreisen um Aachen haben die Wehrer eigene Arbeiter- und Soldatenräte zusammengebracht vor das Kriegsgericht gestellt.

Die Lage im Reich.

Einberufung einer neuen Reichskonferenz.

Antrag des bayerischen Ministerrats.

Aus München ging heute folgendes Telegramm ab: Gaale-Cobert, Berlin. Der Ministerrat des Volksstaates Bayern ist einstimmig der Meinung, daß sofort eine Konferenz der Vertreter der deutschen Regierung in Berlin oder einem anderen zentral gelegenen Orte einberufen wird, in der eine programmatische Kundgebung der inhere und ähere in Politik zu verzeichnen ist. In den unerlässlichen Programmunterschieden gehören die Fragen der Nationalversammlung, die Besetzung des Answärtigen Amtes in Berlin und die Vorkonferenzen. Die Konferenz soll die Angelegenheiten der Bundesstaaten aus 1 bis 3 Mitglieder zusammengesetzt werden. Der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern, Kurt Eisner.

Die innerpolitische Entwicklung.

Die Deutsche demokratische Partei.

Das A. T. B. meldet: Wie wir von telegraphischer Seite erfahren, haben die über die Vereinigung der Deutschen demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei geführten Verhandlungen unter den damit betrauten Persönlichkeiten zu einer vollen grundsätzlichen Verständigung geführt. Die Abmachungen werden voraussichtlich morgen ihren feierlichen Abschluß finden.

Diese Verständigung ist im wesentlichen zutreffend. Es handelt sich um den Eintritt der „Deutschen Volkspartei“ nach einem Ausschreiben derjenigen Persönlichkeiten deren Politik sich mit der demokratischen Grundhaltung nicht vereinigen läßt — in die Deutsche demokratische Partei. In einer Vorstandssitzung der Deutschen demokratischen Partei wird ein endgültiger Beschluß gefaßt werden. Die Bekanntgabe der Grundlagen, auf denen die Einigung erzielt worden ist, dürfte dann erfolgen.

Parteiübersetzung in Halle.

Die Fortschrittliche Volkspartei (Erstgruppe Halle) hielt am 1. d. M. im Namen am Montag ihre letzte Sitzung ab. Der Vorsitzende, Justizrat W. Herzfeld, referierte über den einstimmigen Vorstandsbeschluß, in die Deutsche demokratische Partei aufzugehen. Er fand warme Worte für die Fortschrittliche Volkspartei und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die neue Partei stets im Interesse des ganzen Volkes arbeiten werde. Bei einer Reihe von Diskussionen an der Hand des Herrn Rabenstein, Manschewski und Delius beteiligten, wurde der Übergang in die Deutsche demokratische Partei einstimmig beschlossen. Es schloß sich hieron noch eine politische Aussprache an, die einen regen Verlauf nahm.

Unbedingte Notwendigkeit des Zusammenstufes.

Der Provinzialausschuß der national-liberalen Partei der Provinz Sachsen nahm am 1. Dezember in Magdeburg zu der Frage des bedingten Beitritts zu der liberalen Partei Stellung. Nach eingehender Aussprache, in der von allen Seiten die unbedingte Notwendigkeit des Zusammenstufes betont wurde, wurde folgende Entschlußfassung einstimmig angenommen:

„In der Erwägung, daß das Bürgerium in politischen Kämpfen der Zukunft seine Rechte nur durch eine große, alle Teile des Bürgeriums umfassende Partei wahrnehmen kann, hat der Provinzialausschuß der national-liberalen Partei der Provinz Sachsen den Zusammenstuf aller liberalen Parteien für notwendig und beschließend den Anschluß an die deutsche demokratische Partei.“

Außerdem wurden die Herren Bartsch und Calchow-Magdeburg, Fritschel-Coburg und Schöner-Erfurt bedingte Notwendigkeit der eingehenden Verhandlungen mit der Provinzialleitung der Fortschrittlichen Volkspartei und mit der Deutschen demokratischen Partei in die Wege zu leiten.

Gegen eine liberale Einigung.

wendelt sich der „Vorwärts“. Er schreibt: Sollte sich die unbedingte „Einigung“ vollziehen, so würde das wesentliche Merkmal der Einigung, nämlich die Vereinigung der Sozialdemokratie mit der liberalen Partei, nicht mehr bestehen. Die „Deutsche Demokratische Partei“ wird von uns nichts anderes erwarten, als daß wir sie dort anzuwenden werden, wo sie am empfindlichsten ist. Bisher hat sie sich mit den Anzionisten und Wahlbezugsgegnern dort vorgefunden, so würde das Verhältnis der Sozialdemokratie zu ihr von selbst gegeben sein. Als Instrument des demokratischen und des sozialpolitischen Fortschritts läme sie dann in keiner Weise mehr in Betracht.

Zeigt mir der Freund, was ich kann, zeigt mir der Feind, was ich soll. Der die Wasserkränkel des „Vorwärts“ nicht erkennen, wie unangenehm der Sozialdemokratie eine geschlossene einheitliche Front im Wahlkampf für die Nationalversammlung sein würde.

Das „Berliner Tageblatt“ erwidert dem „Vorwärts“ u. a.: „Die Einigungsverhandlungen, die zwischen der „Deutschen demokratischen Partei“ und der national-liberalen „Deutschen Volkspartei“ zwischen, vielen natürlich auch nicht auf eine Einigung mit national-liberalen Wahlbezugsgegnern über mit dem „Köln-Industriell-Abendblatt“ nachweislich in die Hände“ hin.“ Die „Börsen Zeitung“, die vom „Vorwärts“ besonders angegriffen worden ist, antwortet zur Sache: „Die große demokratische Partei muß alle diejenigen bürgerlichen Elemente umfassen, die echt demokratisch sind und die außerdem auf dem Boden der nun einmal gegebenen Verhältnisse für den Fortschritt mitzuarbeiten bereit sind. Alle künstlichen Trennungslinien, die aus der Stellung zu den Kriegsständen oder zur Schuldfrage im Kriege früher einmal trennen waren, dürfen, wenn man eine solche Einigung im Interesse parlamentarischer Kritik und parlamentarischer Herrschaft schaffen will, nicht beseitigt werden.“

Im Saal und Erberger.

Amlich wird aus Berlin gemeldet: Der Volksrat von Groß-Berlin hat im Einverständnis mit dem bayerischen Volksrat beschlossen, zu fordern: 1. daß die vom Volksrat bereits gefasste Forderung des sofortigen Rücktritts des Staatssekretärs Solff förmlich erfüllt wird; 2. daß an Stelle von Solff ein Mann tritt, der stets im Geiste des alten Systems und der Kriegspolitik war; 3. die Beseitigung des Staatssekretärs Erzberger an den Friedensverhandlungen nicht teilnimmt.

Nota Luxemburg für die bewaffnete Erhebung gegen die jetzige Regierung.

Liebnecht und Nota Luxemburg treiben ihr gewagtes Spiel weiter. Nuerlich hatte Nota Luxemburg die Neutralität, folgende Forderungen aufzuzählen: Ergebenheit der Waße gegen die Regierung Gert-Schönermann, Vermeidung des Sozialismus, Nichtigkeitsklärung sämtlicher Kriegsgesamtheitsmaßnahmen, Sozialisierung der Gewerkschaften, Konstitution sämtlicher Lebensmittel zum Zwecke der Verteilung, Heranziehung der alten Regierung zur Rechenschaft über die bisher verlorene Politik.

Wes Wort würde die Wirkung dieser unangenehm Forderungen abschwächen. Die Alliierten, sämtliche Kriegsgesamtheitsmaßnahmen zu annullieren, was der Staat aus, besonders viele Anträge zu erfüllen. Es geht zum Bilde der Sportklubnotiz, daß alle Arbeiter, die gegen Nota Luxemburg aufzutreten wagten, niedergeböhrt wurden.

Ausslieferung Liebnechts?

Aus Stockholm wird uns berichtet: Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Lube, der sich gegenwärtig in Stockholm befindet löst inwieweit Mitarbeiter folgende Meldung ausgeben:

„Erzählte werden, daß unsere Freunde die Überlieferung der fünf deutschen Volkswärter Liebnecht, Nota Luxemburg, Ledebur, Kaustk und Eisner verlangen wollen. Wenn der Reichstag getsehrig als aufgelöst erklärt werden sollte, haben wir mit Sicherheit den feindlichen Einmarsch zu erwarten.“

Kurt Eisner.

Am 6. d. M. ist es bestätigt, wie es oben bereits im Saal. Die bayerische Regierung hat sich auf einen Beschluß geeinigt, in dem u. a. erklärt wird, daß sie entsehrig den Loslösungsbereitungen vom Reich entgegenzutreten werden. Es erfreulich diese Mitteilung ist, in wenig können wir uns nach den Vorurteilen der letzten Tage denken, daß wirklich möglich sein sollte, in Bayern demers mit Herrn Eisner zusammen zu arbeiten.

Die neuen Behörden des Reichs und Preussens.

Die Regierungsbildung ist nunmehr im wesentlichen abgeschlossen. Am Reich bilden das politische Kabinett, die Reichspräsidenten Gert, Ledebur, Liebnecht und die Unabhängigen Sozialisten Sankt, Erdmann, Barth. Den Reich führen in voller Gleichberechtigung nebeneinanderstehend, Gert und Sankt. Eine bestimmte Abgrenzung in Departement anfanglich beabsichtigt, ist aber in der Folge zurückgetreten und schließlich dadurch mehr oder weniger hinfällig geworden, daß die Staatssekretariate, zum Teil unter der früheren Leitung, bestehen geblieben sind. Die verantwortlichen Leiter der Staatssekretariate sind: Dr. Solff für Answärtiges und Kolonien, Schiffer für die Reichsfinanzen, Prof. Reuch für innere Verwaltung, Dr. August Müller für das Reichswirtschaftsamt, Koeh für das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisation, Baum für das Reichsamt für die Verwaltung, von Mann für die Marineverwaltung, Dr. Reuch für die Justizverwaltung, Mühl für die Reichs- und Provinzialverwaltung. Reichs-Unterstaatssekretäre sind: Dr. David (Answärtiges), Robert Schmid (Reichsamt für die Reichs- und Provinzialverwaltung), Gürtel (Reichsamt für die Reichs- und Provinzialverwaltung), Ed. Vertheim (Reichsamt für die Reichs- und Provinzialverwaltung), Böhmer und Schumann (Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisation), Foedel (Reichsamt für die Reichs- und Provinzialverwaltung), Koste und Kogner (Reichsamt für die Reichs- und Provinzialverwaltung), Ostler (Reichsamt für die Reichs- und Provinzialverwaltung).

In Preussen bilden das politische Kabinett die Mehrheitspartei Kirck, Braun, Eugen Ernst und die Unabhängigen Sozialisten Stroebel, Ad. Hoffmann und Dr. Wolfenfeld. Die Leiter der Staatsverwaltungen sind: Kirck und Dr. Reichardt: innere Verwaltung, Dr. Stroebel und Simon: Finanzverwaltung, Dr. Wolfenfeld und Wolfgang Heine: Justizverwaltung, Mühl: Handel und Gewerbe; Hoff: öffentliche Arbeiten; Braun und Sofer: Landwirtschaftsverwaltung; Ad. Hoffmann und Sankt: Unterrichtsverwaltung; Scheid: Kriegsministerium; Beigeordnete sind: Eugen Ernst (Inneres), Sankt (Handel und Gewerbe) und Schumann und Brunner (öffentliche Arbeiten). Götze (Kriegsministerium).

Im Reich kommt noch Staatssekretär Erzberger, der Führer der deutschen Waffenstillstandsabordnung hinzu, so daß die Zahl der Staatssekretäre auf 12 liegen 3 vor dem Kriege) steigt. Die Zahl der preussischen Minister beträgt 17, gegen 9 vor dem Kriege).

Verantwortlicher Redakteur Franz Köhler in Wehrburg. Druck und Verlag von Th. Köhler in Wehrburg.



Heute erhielten wir die tieferschütternde Nachricht, daß mein geliebter Mann, der treue Vater meiner 7 Kinder, unser lieber Sohn und Bruder, der

Landsturmann

Karl Richter

in einem Feldlazarett an Lungenentzündung verstorben ist.
Merseburg (Friedrstr. 6), den 2. Dezember 1918.

In tiefstem Schmerze
**Frau Luise Richter geb. Doek.
Otto Richter und Frau.**

Montag nachmittag entschlief sanft unsere liebe, gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Katharina Heilmann

geb. Schmidt
im Alter von 66 Jahren.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Marg. Taube.

Merseburg, Leipzig, Budapest, Mannheim,
den 2. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet Freitag mittag 2 Uhr von der Altenburger Friedhofstapelle aus statt.

Statt Karten.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Seimgange meiner lieben Frau

Bertha Frenkel

geb. Hofmann

lage ich hierdurch meinen besten Dank. Im besonderen Herrn Pastor Seinitz für seine tröstlichen Worte im Hause und am Grabe. Dank Herrn Kantor Marx mit Schulkindern für erhebenden Gesang. Dank allen, die den Sarg so reichlich mit Blumen und Kränzen schmückten. Einmalig Dank allen für Anteilnahme beim Geleit zur letzten Ruhestätte.
Merseburg, den 3. Dezember 1918.

Paul Frenkel.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grab meiner lieben, unvergeßlichen Tochter, Schwester und Schwägerin Olga können wir es nicht unterlassen, unsern herzlichsten Dank auszusprechen. Besonders Dank Herrn Pastor Ramroth für die tröstlichen Worte am Grabe und dem Lehrer Baumgärtel mit der lieben Schulljugend für den erhebenden Gesang. Dank der lieben Freunde für den schönen Kranz, Schleier und Palmenzweig. Besonderen Dank allen Verwandten und Bekannten von nah und fern, die ihren Sarg so reichlich mit Blumen und Kränzen schmückten und sie zur letzten Ruhe geleiteten. Dies alles hat unsern Herzen wohlgetan, möge Gott allen ein reiches Vergeltet sein und sie vor solchen Schicksalsschlägen bewahren.

Der schwergedrückte Vater **Reinh. Kellermann.**
Familie Otto Kissig.

Blößin und Frankleben, den 3. Dezember 1918.

Nachruf.

Am 25. November ist unser hochverehrter Gemeindevorsteher

Herr

Franz Reichmann

durch einen sanften Tod verschieden. Seine große Treue und opferedige Hingabe, mit der er sein Schicksal mit uns bis in die letzten Tage vermalet hat, hatte ihm die Liebe und Hochachtung aller seiner Gemeindeglieder erworben. Sein Andenken wird uns stets in Ehren halten.

Daswig, den 3. Dezember 1918.

Die Gemeindevertretung

Bekanntmachung.

Schwere Erschütterungen des Wirtschaftslebens, insbesondere bei der Versorgung der Bevölkerung mit Rohle, Nahrungsmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs sind unvermeidlich, wenn die mit der Gewinnung und Herstellung beschäftigten Betriebe in ihrer Leistungsfähigkeit herabgesetzt würden. Diese Folgen würden besonders dort eintreten, wo durch Rückführung der Gefangenen den Betrieben in erheblichem Maße Arbeitskräfte entzogen werden, ohne daß diese sofort durch entlassene Heeresangehörige ersetzt werden können. Es muß deshalb von der Einsicht der Arbeiterschaft erwartet werden, daß sie bei der Berücksichtigung dieser Umstände mit den Arbeitgebern über einen allmählichen Abbau der Arbeitszeit verständigt, denn es ist Pflicht eines jeden einzelnen, dazu beizutragen, daß Nothstände für die Bevölkerung nach Möglichkeit vermieden werden.

Von allen drohenden Stockungen in der Förderung von Rohle und in der Herstellung von Gegenständen des täglichen Bedarfs muß die Kreisamtsstelle Merseburg, die einen Überblick über das gesamte Wirtschaftsleben des Bezirkes des 4. Armekorps hat, unterrichtet bleiben. Sie kann unter Umständen im Einvernehmen mit dem ihr beigeordneten Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates durch entsprechende Maßnahmen Stockungen in der Verforguna beheben. Ich ersuche deshalb die Arbeitgeber und die Organisationen der Arbeitnehmer, die Kreisamtsstelle Merseburg (Fennrruf Merseburg Str. 78/80) von allen drohenden Betriebsstörungen so rechtzeitig zu unterrichten, daß ein Vertreter zur Teilnahme an evtl. Verhandlungen von ihr entsandt werden kann.

Merseburg, den 23. November 1918.

Der Regierungspräsident.

Verdächtiglich:

Merseburg, den 28. November 1918.

Der Landrat.

J. A.; Neuhäus.

Schweine-Verkauf.

Am Freitag den 6. Dezember 1918, vormittags 10 Uhr, findet in der Schweinemästerei des Gefangenenlagers Merseburg der Verkauf von

- 1 la ferkungsfähigen Zuckteber,
- 1 la junge Zuckteber, 6 Monate alt,
- 4 tragende Zuchtsauen,
- 3 Zuchtsauen mit Ferkeln,
- 30 Käuerschweinen,
- 6 tragende Zuchtsauen

statt. Verkauf erfolgt öffentlich meistbietend gegen Barzahlung. Händler und ausgeschloffen. Die behördlichen Bestimmungen sind zu beachten.

Abteilung Viehzucht vom Gefangenenlager Merseburg.
Rudolphi, Amtleiter.

An der Spitze steht

Dr. Gentner's Delwachslederputz

Magrin

denn er entspricht allen Anforderungen:

Gibt wasserfesten Hochglanz, macht das Leder weich, wasserdicht und dauerhaft, verdirbt auch bei strengster Kälte nicht.

Herstell. auch des beliebten Parfettbodenwaches „Robertin“: Carl Gentner, Göppingen.



Schautelopard
(behaard), gut erhalten, ist billig zu verkaufen. In der Exped. d. Bl.

Kriegs-Schuhe, Pantoffeln
in allen Größen zu verkaufen
Wirth, Gatthardtstr. 12.

Rauch-Tobak
(Mischung)
zu ermäßigtem Preise wieder eingetroffen.
Hermann Pfantisch.

Wegen Verheiratung meines letzten Mädchens suche ich zum 1. Januar 1919

1 zuverl. Hausmädchen.
Frau Dr. Orphal, Wolfteft 7, 1.

Ein Mädchen in einen kleinen Haushalt (1 Person) nach Berlin-Neukölln zum 1. 1. 1919 gesucht. Zu melden
Langhüter Str. 31.

Höchst reell.
Zwei hübsche junge, anständige Damen im Alter von 20-22 J. suchen die Bekanntschaft zweier netter, schöner Herren zwecks späterer Heirat, auch wenn mit etwas Vermögen. Offerten mit Bild unter M N 1000 in der Exped. d. Bl. niederzulegen.

Einige tüchtige Näherinnen
sucht für dauernd
Färberei Mauersberger Ammendorf.

Borarbeiter, Arbeiter, auch Frauen,
stellt ein
Albin Neumann
Bahnbau Köthen.

Arbeiter stellt ein
Nitzsche, Telegr.-Bauwärter
Gutenbergsche 6, 1

Besseres Hausmädchen
sucht. Zu erst. in der Exp. d. Bl.

Größeren Schuljungen
als Laufjungen stellt sofort ein
Wilhelm Köhler.

Junger Kaufmann,
vom Militär entlassen, sucht Stellung. Offerten unter H 150 an die Exped. d. Bl.

Stadt-Kontoristin
die perfekt stenogr. und gewandt stent Masch. schreiben kann, gel. Musikkunst. Ang. über bish Tätigk. und Gehaltsanspr. u. H W an die Exped. d. Bl.

als Lernende
für Büro und Laden möglichst sofort gesucht. Schriftl. Angeb. an
Paul Geheb,
Werktatt für Mechanik und Elektrotechnik

Suche sofort einen
Friseurgehilfen
und zu Ostern einen

Lehrling.
Franz Satus, Beuna Werke.
Sofort oder zu Ostern 1919 suche ich unter günstigen Bedingungen

1 Steindrucklerlehrling.
Freie Kost und Wohnung kann auf Wunsch gewährt werden.
Albert Bruns, Gothardstr. 27.

Einen Lehrling
stellt ein
Arthur Jänike, Schmiedemeister, Pfendorf.

Lehrling
sofort gesucht
Otto Zinsly, Bäckermstr., Algrube 41.

Lehrling sucht zu Ostern
G. Scholz, Tischlermeister, Obere Breite Str. 9.

Lehrlinge
stellt sofort und Ostern ein
Buchdruckerei
Ch. Hottenroth & Sohn.

Zeitungs-Austrägerin
(2X täglich) für sofort gesucht
Gotthardtstr. 2.

Gärtner, Arbeiter und Arbeitsburschen
11 ist ein
Langhüter Str. 21.

Junges Mädchen als
Aushülfe i. d. Damenschneid.
sucht
Frau E. Müller, Schmalekt. 4.

Jüngerer, zuverl. Mann
für Lager- u. Hausmanns-Arbeiten kann sich melden
Entenplan 6.

Verheirateter, geschäftsfähiger
sucht Stellung in 2-stündiger Schicht bei Wohnung mit Karoffelstand, sofort oder 1. April. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Aufwartung
sucht
Dammstr. 3.

Gand're Aufwartung
sucht
Quanaer Str. 1, 1 Et.

Aufwartung gesucht.
Wegel, Bahnhofstr. 4.

1 Aufwartung gesucht
Christianenkroße 13.

Suche zum 15. Dezember oder 1. Januar event. früher ein junges Mädchen, nicht unter 17 Jahren, als Aufwartung für den ganzen Tag.
Frau Fuhs, Halleische Str. 42 1.

Grüner Gürtel am Sonntag verloren,
Gegen Belohnung abzugeben
Burgstraße 7, im Laden.

Zwei Lebensmittelbeute, beide auf den Namen Wehlf. Baumert Str. 24, laufend, abhandeln gekommen. Lebensmittelbeute werde n. dar. auf aufmerks. gemacht.

20 Mark Belohnung
den, der mit eine Wohnung von 2 St. Kam. u. Küche mit Zubeh. in freundl. Hause zum 1. 4. 1919 oder früher nachweilt. Off. unter A 8 90 an die Exped. d. Bl.

Aufruf an die heimkehrenden Soldaten!

Kameraden! Beachtet bei der Ankunft auf dem Bahnhof die Plakate! Sie lazen Euch wo ihr idellstens die nötigen Lebensmittelmarten oder Guter Ehen selbst bekommt, wo ihr Ueberkunft findet wo der nächstgelegene Arbeitsnachweis ist. Alle Vorkehrungen gegen Arbeitslosigkeiten sind getroffen. Nur den äufsersten Fall seid ihr durch Arbeitslosenunterstützung licher gestellt.

Der Arbeitsnachweis lazt Euch Nahrung, Beklezt Eure Gesundheit nicht! Krankheit gefährdet mit Euch auch alle die, zu denen ihr heimkommt. Ihr habt freie ärzliche Verforung, Echte Wafane am Bahnhof.

Eucht Entlaung-anhalt und Wäder auf ehe ihr in eigene oder fremde Quartiere emzucht. Seht Wafane am Bahnhof.

Bermeidet die großen Städte! Ihr findet anderwärts bessere Ernährung und Unterkunft. Reht auf's Land zurück! Ihr findet dauernde Belaäftigung in der Landwirtschaft, die nur mit genügender Arbeitskräften die Ernährungsfrage verbessern kann. Gelinde-ordnung und des einrichtende Koalitionrecht für Landarbeiter sind gefallen. Nichts hindert euch mehr vom Lande fern zu halten. Große Annehmlichkeiten sind in Vorbereitung.

In den ersten Wochen werden dringend Arbeitskräfte für die Bahn und für die Kohlenbergwerke gebraucht. Näheres erfahrt ihr beim Arbeitsnachweis.

Soldaten! Bedenkt, daß eure Entlaung nicht auf einmal erfolgen kann. Die Reihenfolge wird durch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten bestimmt. Zuerst die Arbeiter der Transportanstalten und des Bergbaus, die Angehörigen der Arbeitsnachweise und Gewerkschaften, das Personal der Gas-, Wasser- u. Kanalarbeiten, und erst nachher die übrigen; Verheiratete vor den Unverheirateten. Die Ordnung muß eingehalten werden.

Kameraden! Bedenkt Eurer Laten würdig heim! Sorgt alle selbst dafür, daß keine Schande auf eure in unzähligen Schlachten unverlezt Ehre fällt! Bringt deutsche Wflichkeit und Ordnung, freundliche Kameradschaftlichkeit, die Ruhe des Feldsoldaten heim.

Mit Euch, ihr endlich heimgekehrte, erwartet sich das ganze Volk in freudiger Friedensbegeisterung die neue Welt.

Seid willkommen!
Merseburg, den 3. Dezember 1918.

Der Arbeiter und Soldatenrat Merseburg.
Thieme - Langer.

Der Magistrat.
Herzog.



Arbeiten oder wir gehen zugrunde!

Der Staatssekretär des Reichsdemobilisierungsamts Noeth erklärt einem Vertreter des "Vorwärts":

Es scheint, daß die meisten von uns sich den fürchtbaren Ernst unserer wirtschaftlichen Lage noch nicht hinreichend klar machen. Wir wandeln an Abgründen, die uns täglich zu verhängnisvollen Dismillen näher föhnen als das Volt treten. Gelint es uns nicht, der sich selbst die Not zu tun, Licht, Wärme, Unterkunft, Kleidung zu ohne Unterbrechung mit dem zu bewerkstelligen, was uns zum Anstande, Bürgerrechte, Teil des Reiches und nachher die Inflation rücksichtslosler freude.

Jeder Mann muß wissen, daß er jetzt ganz persönlich die Mitverantwortung trägt für sein oder Wflichkeit unseres Volkes und in erster Linie auch seiner selbst.

Vor allem muß jeder arbeiten. — sonst geht wir zugrunde. In der letzten Zeit ist vieleicht die Arbeitsleistung gelunken. Das ist im Angesicht der ungeheuren Ereignisse begreiflich, aber wir können es uns einfach nicht leisten. Jeder muß sich aus Erregung, Ablenkung oder U-Lust herausreißen und unermüdet seine Wflicht tun. Wenn S. B ein Arbeiter, der Rohstoffe, Halbfabrikate oder Nahrungsmitel erzeugt, oder Transporte bewerkstelligt, nicht mitteilt, dann kann das bedeuten, daß an anderen Stellen Volk und Arbeitsgenossen brotlos werden, hungern frieren. Es müssen auch jetzt Arbeits-einstellung n unbedingt vermieden werden.

Jeder Streik kann uns unmittelbar in die Katastrophe hineintreiben.

Wenn wir keine Rohle mehr haben, weil die Kohlenarbeiter streiken, liegen die Betriebe still, ruht der Eisenbahnverkehr, wir keine Lebensmittel und keine Heizstoffe mehr bekommen. Das wäre das Ende, wäre der Tod für die Volksgemeinschaft und für zahllose einzelne Volksgenossen. Es wird jetzt auch nicht gestreikt werden müssen, denn die Verteilungen der Arbeiter sind heute stark genug, um jede wirtschaftlich überhaupt mögliche Forderung durchzusetzen.

Auf jeden kommt es heute an, jeder kann mitwirken, das Volk zu retten oder kann dazu beitragen, es in unheiliges Elend zu stürzen. Ich glaube an die deutschen Arbeiter, ich glaube, daß sie erkennen, Pflichten und unermüdet aus der Not von heute dem Volke zu einer besseren Zukunft helfen werden.

Merseburg, den 3. Dezember 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat
Merseburg.
Thieme - Langer.

Der Magistrat.
Herzog.



Großer Verkauf von 12 schweren, gutgeährten, jungen Zugschiffen

mit komplettem Geschirr und Anlegeketten

am Freitag den 6. Dezember 1918, mittags 1 Uhr auf dem Wulandshaus vor dem Goltbaus, zum Ehringer Hof. Verkauf öffentlich meistbietend gegen Barzahlung. Händler sind ausgeschlossen.

Abteilung Gemüsebau vom Gefangenlager Merseburg.

Rudolphi, Rittmeister.

Öffentliche Frauenversammlung

des Frauen-Wohlfahrtsvereines Merseburg

am Freitag den 6. Dezember, abends 8 Uhr
im großen „Tivol“-Saal.

Rednerin: Schwester Lydia Kuehland.

Thema: **Frauenforderungen im neuen Deutschland —
Warum müssen Frauen wählen?**

Alle Frauen Merseburgs sind hierzu freundlichst eingeladen.

Die Einberuferin.

Städtisches Fuhramt.

Mit Rücksicht auf die augenblickliche schwierige Lage im gesamten Güterverkehr der Eisenbahn muß die sonstige Einladungs lämter hier einziehenden Güterwagen rehtlos durchgeführt werden.

Zu diesem Zwecke wird ein städtisches Fuhramt für den Bezirk der Räume der Firma Richard Beyer & Co. am Güterbahnhof in Merseburg, Fernruf 78, bündelt.

Alle Empfänger von Eisenbahnfrachten, denen es nicht möglich ist, unentgeltlich genügende Gespanne und Arbeiterkräfte zur Entladung dieser Sendungen zu bekommen, werden gebeten, sich sofort an das Fuhramt zu wenden, das die Beförderung gegen eine Gebühr von 5 % des fraglichen Betrages zu beschaffen, den der Frachtführer für die Wafane der Ware nach dem vom Fuhramt festgesetzten und von der Kriegsamtsstelle Magdeburg genehmigten Sätze als Fuhrlohn zu erhalten hat. Dieser Satz wird vorbehaltlich der Zustimmung der Kriegsamtsstelle Magdeburg genehmigter für die Stunde, im Falle der zwangsweisen Heranziehung von Gespannen auf 6 Mt. für die Stunde festgelegt. Die durch Vermittlung des Fuhramtes beschafften Arbeiterkräfte sind nach den in der Stadt Merseburg üblichen Sätzen für ungelernete Arbeiter zu bezahlen.

Sämtliche Fuhrhalter im Bezirke der Stadt Merseburg werden dringend erucht, im Interesse des unbedingten Wegensverkehrs sich dem Fuhramt nach Möglichkeit auf dessen Aufforderung hin zur Befahrung zu stellen. Das Fuhramt wird von der ihm aufstehenden IV. Armeeform von der Verordnung des hiesigen Generalkommandos der Ausfuhrbestimmungen vom 27. Oktober 1917 die zwangsweise Verwendung von Gespannen durchzuführen, nach Möglichkeit lenken zu machen, mühte sich aber dieser Befahrung bedienen, wenn halten sollten.

Die Tätigkeit des Fuhramtes beginnt am 5. Dezember 1918. Seine Geschäftszeit umfaßt die Stunden von 7 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends.

Merseburg, den 2. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Vermögensstand am 31. August 1918.

Rußensbestand	Altiva.	Mt.	Mt.
Guthaben bei der Genossenschaftsbank:			832,—
in laufender Rechnung:			20 684,65
Forderungen der Mitglieder:			
a) in laufender Rechnung	10 025,40		
b) festbetrifftete Darlehne	73 377,23		83 402,63
Beteiligungen:			
a) Geschäfts Guthaben bei der Genossenschaftsbank	600,—		
b) Geschäfts Guthaben bei der Zentralgenossenschaft	600,—	1 200,—	
Einrichtungsgegenstände			1,—
Einzel-Konto			675,—
Weispapier-Konto			30 200,—
Summa der Altiva			145 995,28

Geschäftsguthaben:	Altiva.	Mt.	Mt.
verbleibender Mitglieder:			
a) gel. gl. Merseburgerfonds	174,78		
b) Betriebsrücklage	136,05		310,83
Einlagen in laufender Rechnung:			
Spareinlagen mit Kündigung bis einschl. 31. Okt. etc.			38 828,73
Kredittoren			100 966,37
Verwaltungsstellenrückstände			332,80
Gewinn			31 0,—
			506,55
Summe der Altiva			145 995,28

Stand am Anfang des Geschäfts:	Zahl der Mitglieder	Betrag der Geschäftsguthaben Mt.	Betrag der Einlagen Mt.
Jahres 1917/18:			
31. August im Laufe des Geschäfts:	16	760,—	7 600,—
Jahres 1917/18:			
Abgang im Laufe des Geschäfts:	7	4 760,—	47 600,—
Jahres 1917/18:			
Stand am Ende des Geschäfts:			
Jahres 1917/18:	23	5 520,—	55 200,—

Kein-Kassa, den 1. November 1918.
Vändliche Spar- u. Darlehnsstoffe Rein- u. Großhändler.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
H. Zelle. Fehle. Freige.

TIVOLI-Theater

Merseburg.
Direkt. Artur Dehgan.
Donnerstag den 4. Dezbr. 1918.
abends 8 1/2 Uhr:

Gastspiel von Ludwig Heine.
Novität! Zum 1. Male!

Der dumme August.
Operette in 3 Akten v. Rudi Galller.

Sonntag den 8. Dezember 1918.
abends 8 1/2 Uhr.

Gastspiel von Ludwig Heine.
Novität! Zum 2. Male!

Der dumme August.
Operette in 3 Akten v. Rudi Galller.

Nachmittag 4 1/2 Uhr:
Kinder-Vorstellung.

Porurotschen.
Märchen in 4 Akten.

Kaiser-Panorama

Kaiser-Wilhelmshalle
(Halleische Straße).
Täglich geöffnet von nachmittags 3 bis 9 Uhr abends.
Diese Woche

Heidelberg und das Neckartal.

Verband D. Buchdrucker
(Ortsverein Merseburg).
Sonnabend d. 7. Dezbr., abends pünktlich 8 Uhr, Versammlung in der „Guten Quelle“.

Berkmeister-Berein Merseburg u. Umgeg.

Unsere General-Versammlung findet nicht Sonnabend den 7. sondern Sonntag den 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im „Tivol“-Saal. Unbedingtes Erscheinen jedes Kollegen erforderlich.
Der Vorstand.
act. C. Kleeberg.

Millionenschlager!

Herkules-Kosenträger.
Muster franco.
Walter Bleiss, Genthin.

Carbid,

mafenzel, ist eingetroffen
Karlstraße 8.

Proving und Umgegend.

† Weissenfels, 4. Dez. Auf den meisten Braunkohlengruben des Weissenfelder Bezirks weigern sich die Arbeiter...

„Pressfreiheit“

Die „Sozial-Zeitung“ in Halle ist durch einen Gemüthlich der dortigen Arbeiter- und Soldatenrats unterdrückt worden...

O du Jungfer Königin.

Original-Namen von S. Courths-Mahler. 108. Fortsetzung. (Nachdruck verboten). Es herrichte nun einige Zeit große Unruhe in dem stillen Hause...

Herrn Landtagsabgeordneten Delius, der namens der Reichstäglichen Volkspartei gleichfalls bei dem Ministerium des Innern Vernehmung gegen die Verlegung der Pressfreiheit eingeklagt hatte...

Lokalnachrichten.

Merseburg, 4. Dezember. ** Anzeichnung. Das Verbandsbüro für Kriegshilfe wurde verliehen an Frau Pastor Klem für ihre erfolgreiche Tätigkeit in der Jugendpflege...

Witbürger!

Gelt für die heimkehrenden Frontsoldaten! Der Bürger-Ausschuß.

** Ein höchst interessantes Aufsatze mit Rücksicht auf die schwierige Lage im gesamten Güterverkehr für den Stadtbezirk Merseburg eingerichtete worden. Die Geschäftsstelle befindet sich bei der Firma Richard Meyer & Co. hier...

daares nahm Pastor Werther vor, der auch das Gnadengericht überreichte. ** Zur billigen Währungsreform. Wir teilten in der Dienstag-Nummer mit, das die Währungsreform des Gefangenenerlagers zur Abertung durch die Bevölkerung freigegeben wird...

34. Kapitel. Frau von Klümlich sorgte nun erst einmal für Marias Begehren. Die beiden Damen fanden herrliches Gefallen aneinander...

sehr lebenswerten Aufsatze, das es jetzt notwendig ist, die Frauen zu politischem Interesse zu erwecken und ihnen die Wege zu weisen. Sie fährt dann fort: „Zunächst, damit sie verstehen, daß sie wählen müssen. Viele werden geneigt sein, die Verantwortung abzugeben, weil sie nichts davon verstehen. Aber es gibt ja kein Abgeben. Ob sie wählen oder nicht wählen, auf alle Fälle machen sie mit Politik. Im ersten Fall ihre eigene oder die ihres Kreises, im zweiten Falle die der andern, der Gegner. Das müssen alle begreifen lernen. Die Bäuerin, die nicht wählt, schwächt die Sache der Landwirtschaft, die Arbeiterin die ihrer Klassengenossen, die Frau der bürgerlichen Kreise grabt, wenn sie politisch nicht bleibt, dem Bürgerum sein Grab. Jede ausfallende Stimme vermindert die Kräfte zugunsten des Gegners, befördert das Unerwünschte. Und umgekehrt: alle Frauen haben jetzt die Möglichkeit, Zustände herbeizuführen zu helfen, die sie wünschen, wenn sie aufstehen und andere werden, wenn sie sich selbst politisch belehren lassen und andere befehlen. Wie sollen die Frauen wählen? Sie müssen sich den Parteien anschließen. Zu anderen Zeiten hätte man sich überlegen können, ob es nicht auch möglich wäre, daß Frauen, Frauen ihres Vertrauens, ohne Mitgliedschaft die Parteipolitik wählen. Heute, bei den Wahlen zur Nationalversammlung geht das nicht. Denn zu den Frauen, die jetzt eingeschrieben werden, muß man als Parteipolitiker Stellung nehmen, nicht aber als Mann oder Frau. Jeder Wähler, ob Mann oder Frau, muß wissen, ob er ein einheitliches Reich oder die Aufrechterhaltung der bisherigen Bundesstaaten will, ob Monarchen, oder lebensfähigen Präsidenten oder Präsidenten auf Zeit, ob Freiheit für Handel und Gewerbe oder staatliche Zwangsmaßnahmen usw. Je nach der Antwort auf diese Frage werden sich die Parteien bilden, niemand aber kann um die klare Stellung zu ihnen herumkommen. Auch die Frauen können nicht ohne Parteistellung bleiben. Sie müssen sich parteipolitisch entscheiden.“

Das Merseburger Gefangenenerlager

war dieser Tage Gegenstand der Verhandlungen im Soldatenrat zu Halle. Die „Halle'sche Zeitung“ berichtet darüber wie folgt:

„Abstoße Gefangene aus dem Merseburger Lager, darunter geschwächte Leute, treiben sich, wie auch am vergangenen Sonntag in Halle fest, ohne jede Bewachung, herum. In Merseburg steht eine allen Späteren vorgebildete Verbrüderung in Höhe — Von anderer Seite wurde demgegenüber behauptet, bei den ungewohnten Gefangenen handele es sich um Vertrauensleute des Gegners und um Leute, die nicht dem Lager sondern Unternehmungen in der Provinz treiben wollten. Es wurde bei dieser Gelegenheit gesagt, die Gefangenen seien von den Greueltaten schwer in Anspruch zu nehmen und weigerten sich deshalb, die Arbeit wieder anzufangen. Am geringen Montag nachmittag hat der Soldatenrat mit den Greueltätern eine Zusammenkunft gehabt; die Unternehmungen, die sich nicht bereit erklärten, eine den Forderungen entsprechende Behandlung und Befolgung der Gefangenen zu garantieren, sollen abgesetzt und ihre Betriebe auf kommunalistischer Grundlage weitergeführt werden. Die Unternehmungen — so wurde gesagt — treiben Sabotage, um den U- und G-Veren Schwierigkeiten zu bereiten. Es wurde beauftragt, die Unternehmungen bezügl. die Kapitalisten rücksichtslos „unmöglich zu machen.“ — Zur Gefangenenerfrage wurde auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die es verursacht, in einer Menge von 40 000 Mann, wie in Merseburg, Ordnung zu halten.“

Wie wir erfahren, hat der hiesige Soldatenrat auf Grund dieser Missstände Veranlassung genommen, scharfe

Abmachungen über die Gefangenenerziehung in die Wege zu setzen.

Vortragssplan

Der erste Teil befaßt sich mit allgemeinen staatsrechtlichen Begriffen. Zunächst wird über den Begriff und das Wesen des Staates gesprochen sein, wobei sich jetzt insolge der Bildung neuer Staaten, z. B. Polen, Kurland, Estland usw. interessante Ausblicke eröffnen. Aus dem Begriff des Staates als einer Rechtspersonlichkeit folgt die Frage nach seiner Gewalt. Begriff und Wesen der Staatsgewalt ist der Gegenstand der großen Volksbewegung der jüngsten Vergangenheit doppelt bedeutungsvoll geworden, ist doch die Staatsgewalt nichts anderes als der zusammengesetzte Wille der Volksgemeinschaft. Ein solcher Wille muß aber, wie bei jedem vernünftigen Wesen, von 3 Personen beeinflusst sein, daraus ergibt sich die Frage, welchen Zweck der Staat in unserem Leben verfolgt. Politik ist die Lehre von den Staatszwecken. Eine genaue Zusammenfassung aller Staatszwecke pflegt in den Verfassungen zu erfolgen, so ergibt sich eine Beschreibung des Begriffes und der Bedeutung von Staatsverfassungen. Aus der Verschiedenheit solcher Staatsverfassungen folgt die Verschiedenheit der Staatsformen, die sich, deshalb wird über Monarchie und Republik, augenblicklich wohl eine der aktuellsten Zeitfragen, eingehend zu sprechen sein.

Die zukünftige staatsrechtliche Entwicklung Deutschlands kann man nur dann recht verstehen, wenn man die bisherige Staatsform kennt, deshalb bringt der zweite Teil der Vorträge einen kurzen Abriss des bisherigen Staatsrechtes, und zwar zunächst kurz die historische Entwicklung des deutschen Reiches, die von Anfang an auf eine laienliche Zerplitterung hinwies, woraus sich historisch der Charakter Deutschlands als eines Bundesstaates erklärt. Die bisherige Stellung des Bundesrates und des Reichstages wird kurz skizziert.

Besonders wichtig für die Gegenwart ist jetzt die Frage der Volksvertretungen. Daher wird dieser Gegenstand auch einen größeren Raum beanspruchen. Eingehend werden die verschiedenen Wahlssysteme, namentlich aber auch die Verhältniswahl zur Nationalversammlung, besprochen werden. Zum Schluß werden noch die historischen großen führenden Parteien, wie die liberale, das Zentrum und die Sozialdemokratie betrachtet werden.

Die Vorträge finden voraussichtlich in Müllers Fremdenlokal statt. Sie beginnen pünktlich 8 1/2 Uhr. Am Schluß werden Fragen beantwortet, die eint, auch schriftlich zu unterbreiten, werden können. — Karten bei Brendel, Pouch und Stollberg für den ganzen Kurs zu 2 Mk.

Für unsere Hausfrauen!

(Lebensmittelfalter für Donnerstag den 5. Dez.)

Für Haushaltungen!

Anmeldung. 75 Gramm Gries und 1/2 Pfund Marmelade: Abgabe der Bezugshefte Nr. 85 und 86 in den Lebensmittelgeschäften.
Anmeldung. 70 Gramm Weizenmehl und 1/2 Pfund Marmelade: Gegen Abgabe der Quittungsbüchlein Nr. 82 und 83 in den Lebensmittelgeschäften.
Butter- und Magermilch: In die Stunden der Butterstellen Albi, Ammele, Fischer, Reichmann und Trommer.
Kostgeld: Bei Hofmann (Brühl) von vorm. 9 bis 11 und nachm. 2 bis 5 Uhr auf die Nr. 2501 bis 3000.
Freibant: Von vorm. 8 bis 11 Uhr auf die Nr. 1 bis 250.

§ Dürrenberg, 3. Dez. Im Sonnabend abend fand auf Einladung des Amtsvorstehers Heller-Dürrenberg im Kurhaus Dürrenberg eine Versammlung der Gemeinde- und Gutsbesitzer, Landwirte, Arbeiter und landwirtschaftlichen Handwerker des Amtsbezirks und Bezugsverbandes Dürrenberg statt, an der über 100 Personen teilnahmen. Als Vertreter des Arbeiterrates

Dürrenberg wohnten Hauptlehrer Köllner, Höckermeister Müller und Fabrikmeister Schmöller, als Vertreter des Bauernrates Salzenvermeister Weil den Verhandlungen bei. Die Versammlung bezweckte in der Hauptsache die Gründung von Bauernräten. Amtsvorsteher Helfer wies in seiner Eröffnungsrede auf die schwere politische und wirtschaftliche Lage unseres Vaterlandes hin, die es notwendig mache, daß alle Berufsstände sich zu gemeinschaftlichem Handeln im Interesse des Volksganzen zusammenfänden. Vor allem bedürfte es zur Sicherung der Volksernährung der Mitarbeit der Landwirtschaft. Deshalb sei die Gründung von Bauernräten nötig. Aufgabe der Bauernräte sei: Organisation der Erzeugung und Ablieferung von Lebensmitteln und Befähigung des Selbsthandels, Unterbringung der durch die Demobilisierung freierwerdenden Arbeitskräfte, der Schutz der Lebensmittelvorräte und aller ihrer Erzeugung dienenden Anlagen, die Sicherung und Förderung der Erzeugung von Lebensmitteln. Es wurde sodann die Bildung von fünf Orts-Bauernräten und eines Amts-Bauernrates beschlossen. Gewählt wurden: 1. in den Orts-Bauernrat des engeren Bezugsverbandes Bad Dürrenberg: die Amtsvorsteher Paul Kersten, Kurt Buschmann und Otto Döring-Lemmer, August Fingelschützberg, Ferdinand Hartung und Gustav Dr. Hertrich-Kirchhainbrenn, Albert Schmidt-Frau und Hermann Kämmerer-Poppitz-Hoppitz, Bauerlehrer Arthur Fingelberg, die Schiedsrichter Moriz Scheffer-Hörbig und Alois Müller-Dürrenberg, die Landarbeiter Adolf Schmidt-Kneißberg und Sophie Lemmer; 2. in den Orts-Bauernrat für Gobbola-Beita-Baldig: die Amtsvorsteher Bernhard Schumann, Ernst Gröbe, Reinhold Fröhlich und Paul Apelt-Gobbola, Hugo Landolt und Geffner-Baldig, Lehrer Bräuner und Schmiede-meister Schlegel, Gutsbesitzerlicher Kanne und Arbeiter Wilhelm Gröbe-Gobbola; 3. in den Orts-Bauernrat für Wöllan-Witteneusch: die Landwirte Hagemann und Friedrich Langsdorf aus Wöllan, Albert Henrich und Seine-Witteneusch, Lehrer Bräuner-Gobbola, Schmiede-meister Franz Henrich-Witteneusch, Landarbeiter Albert Henrich, 4. in den Orts-Bauernrat für Gumpen: die Landwirte Wills-Simmelreich, Oswald Huban, Reinhold Hellmuth, Max Schmidt, Schmiedemeister Hermann Lehmann, Landarbeiter Friedrich Noienbaum-Greppan; 5. in den Orts-Bauernrat für Trebnitz: die Amtsvorsteher Hermann Luschow, Franz Hesselbarth, Karl Zeiger, Otto Schatz, Lehrer August Jettermann, Landarbeiter Albert Kante, Landarbeiter Gustav Hensch-Trebnitz. Der Amts-Bauernrat setzt sich wie folgt zusammen: Amtsvorsteher Heller-Dürrenberg als Vorsitzender, die Landwirte Kersten-Lemmer, Schumann-Gobbola, Hagemann-Wöllan, Simmelreich-Greppan, Luschow-Trebnitz, Schmiedemeister Fingelberg, Kaufmann aus Witteneusch, Nachbesitzer der Verhandlung wurden allgemeine wirtschaftliche Fragen berührt. Bei Erörterung der Notstandsarbeiten wurde darauf hingewiesen, daß als solche der Ausbau der Straßenbahn Merseburg-Dürrenberg, die Verbesserung der Ortsverbindungswege von Schlabach nach Trebnitz und von Köllitz nach Witteneusch und der Ausbau von bestehenden Straßen in Witteneusch und abzuholender Ferner teilte er mit, daß durch die Nichterfüllung der notwendigen Notwendigkeiten für die Eisenbahnarbeiten seitens des Reichspostkommissars die Vorkommnisse des Kreises Merseburg ernstlich gefährdet sei. Die Vorkommnisse der Behörden dieserhalb in Berlin seien ohne Erfolg geblieben. Der vordem vorkommene könne nur durch Erzeugung der Kohlenzufuhr im Wege des Landabfahres beseitigt werden. Sollten die Landwirte sich nicht bereit finden, die nötigen Kohlenlieferungen freiwillig auszuführen, so sei der behördliche Zwang hierzu bestimmt zu erwarten. Mehrere Redner wiesen auf die ersten Bedenken hin, die durch eine Erhöhung der Kohlenpreise oder Kohlenverknappung entstehen könnten. Amtsvorsteher Helfer schloß die Versammlung mit dem Wunsch, daß es der gemeinsamen Arbeit aller Gesellschaftsklassen gelingen möge, die gewaltigen Schwierigkeiten der Nation in politischer und wirtschaftlicher Beziehung zu überwinden.

Magazin
das die Maßnahmen der Magazins zu bestimmen vorgeschriebenen Lager und Plätze können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Die Beerdigung des Handelsjägers **Friedrich Plenge** findet mitt. 4 1/2, sondern Donnerstag 3 1/2 Uhr statt. Merseburg, d. 4. Dez. 1918. Frau Plenge.

Dank.
Für die mir in so reichem Maße unentgeltlich gewordene Unterstützung beim Einzeichnen meiner lieben Frau lag ich hierdurch meinen innigsten Dank.
Merseburg, 4. Dez. 1918.

Wilhelm Heinicke nebst Kindern.

Für die uns anlässlich unserer goldenen Hochzeit erwiesenen Ehrenungen lagen mir allen Angehörigen und Bekannten unseren herzlichsten Dank. Dank dem Herrn Pastor Berthel für die schöne Einsegnung.
Merseburg, den 3. Dezbr. 1918. Karl Böhmig und Frau, Saalfstraße 3.

Einfröndigung des Frachtkaufverkehrs.
Frachtkaufverträge vom 5. bis einschließl. 7. Dezember, dringende Lebensmittel als Eilgut auf freier Halle (Saale), den 3. Dezbr. 1918. Eisenbahn-Verkehrsamt.

Kostgeld u. Kleidwarenverkauf
abert am 5. Dezember 1918
bei Hofmann, Brühl Nr. 6,
vorm. u. 9-10 Uhr Nr. 2501-2600
" 10-11 " " 2701-2700
" 12-1 " " 2701-2800
" 3-4 " " 2801-2900
" 4-5 " " 290-3000
tan. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch oder Fleischwaren besteht nicht. L. A. 1 1399 f. Merseburg, den 4. Dez. 1918. Das städtische Lebensmittelamt.

Kleiderverkauf auf der Freibank
indet am 5. Dezember 1918
vorm. 8-9 Uhr für d. Nr. 1-100
" 9-10 " " " 101-200
" 10-11 " " " 201-250
tatt. L. A. 1 1400/18.
Merseburg, den 4. Dez. 1918.
Das städtische Lebensmittelamt.

Zirka 400 Stück dürre Pflanzensäume
Es tag den 3. Dez., früh 9 Uhr, zu verkaufen.
Gammeldag Ziegelei Trebnitz. Der Gemeindevorstand Trebnitz.

2 schwere Arbeitsspiede zu verkaufen. Lenna 16.

Al. Leiterwagen
vollständig neu, ist dreiwertig zu verkaufen. Tragfähigkeit ungefähr 2 Semter. R. Landgraf, Franleben, Bahnhofstr.

Ein ganz neue Schuhmacher-Nähmaschine ist zu verkaufen. Steinert.
Wappenstein, Kaufladen, Luftschauel, Himmelbett, Hochherd, alles gut erhalten, zu verkaufen. Steinert 3, 1. Etz rechts.

Beistelle, Kasse, Theater, Wappenstein
zu verkaufen. Wehnenfelder Str. 21.

Ein gut neues Koffin, für junges Mädchen passend, zu verkaufen. Zu erl. i. Exped. d. Bl.

Bettstelle mit Matratze zu verkaufen. Stufenstr. 3, Hof.

Kindermantel, schwarz Sammet, Größe 60, zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

1 Paar neue Stiefel, Größe 45-46, zu verkaufen. Annenstraße 20, 2. Etz.

Hausplan oder groß. Feldplan (Grundboden) zu kaufen gesucht. Angeb. erbeten nach. Roter Feldweg 2.

Optikladen für Knaben und eine Puppe zu kaufen gesucht. Off. u. R. P. an die Exped. d. Bl.

Puppen-Klappspottwagen zu kaufen gesucht. Off. u. „Alap“ an die Exped. d. Bl.

Beamt. mit kleiner Familie sucht um 1. April 1919 Wohnung 240-300 Mk. Off. unter H K 200 an die Exped. d. Bl.

Junges Ehepaar mit 1 Kind sucht sofort oder 1. 4. 9 frucht. Wohnung, 2 Stb., Kam., Küche und Zubeh. Off. u. A & L 100 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Freundlich möbl. Wohn- und Schlafzimmer an zwei anhängige Betten sofort zu vermieten. Angerstraße 1.

Freundl. möbl. Zimmer von eineltem Herrn (Kaufmann) zum 1. Januar zu mieten unter. Gef. Offerten unter W B 41 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Gut möbl. Zimmer, nahe der Bahn, um 15 1/2 zu vermieten. Gr. Ritterstr. 31, 1. Etage rechts.

2 möbl. Zimmer Frau Gottschalk, Biemarstraße 6.

Möbliertes Zimmer um 15. Dezbr. Klettstr. 5, 1. Etz.

Großes gut möbliertes Zimmer an nur besseren Herrn zu vermieten. Weiße Mauer 14, 1. Etage links.

Möbliertes Zimmer sofort gesucht, Nähe Bahnhof. Exped. d. Bl.

2-4 Zimmer-Behausung in laibem Hause. Off. unter F B 15 an die Exped. d. Bl.

Junges frucht. Gaswerterpaar sucht sofort möbliertes Zimmer. Offerten unter K 311 an die Exped. d. Bl.

Möbliertes Zimmer in der Nähe des Bahnhofs ver sofort zu mieten gesucht. Offerten unter K K 263 an die Exped. d. Bl.

Gut möbliertes Wohn- und Schlafzimmer ver sofort oder 15. 12. 18 gesucht. Offerten unter C P nach Gutenbergstraße 17, 2. Etz.

Einfach möbl. Zimmer von Monteur gesucht. Näheres Wöndberg 2, 2. Etz.

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 2.50 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 2.70 Mk.; durch die Post 2.70 Mk. ansehl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 3.— Mk. Einzelnummer 10 Pf.

—: Geschäftsstelle: Delgrube 9. —:

—: Fernsprecher Nr. 324. —:

Anzeigenpreis: Für die einblättrige Beilage oder deren Raum 30 Pf., im Restamteil 75 Pf., Chiffreanzeigen und Nachweilungen 20 Pf. mehr. Nachvorschrift oder Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigen - Annahme: 9 Uhr vormittags.

Nr. 285

Donnerstag den 5. Dezember 1918

45. Jahrg.

Die Nationalversammlung.

Der erste Schritt zur Wiederherstellung einer verfassungsmäßigen Regierungsgewalt im Deutschen Reich ist nun geschehen. Die provisorische Regierung hat eine Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung erlassen und als Wahltag den 16. Februar 1919, einen Sonntag, festgesetzt. Zum erstmaligen wird das ganze deutsche Volk, Männer wie Frauen, vom 20. Lebensjahr zur Wahlurne schreiten, um nach dem Grundsatz des vollen und gleichen Wahlrechts seine Stimme abzugeben. Um auch den Winderheiten, die nach dem alten Wahlrecht vielfach zu kurz gekommen sind, ihr Recht werden zu lassen, ist das Verhältniswahlverfahren zur Grundlage des neuen Wahlrechts gemacht worden, so daß, abgesehen von ganz kleinen Parteigruppen, alle Parteien, soweit dies überhaupt möglich ist, eine gerechte Verteilung in der deutschen Nationalversammlung haben werden. Natürlich werden auch bei diesem neuen Wahlrecht kleine Ungerechtigkeiten nicht zu vermeiden sein, aber soweit es möglich ist, hat man doch versucht, alles auszugleichen, was der Gerechtigkeit im Wege steht.

Das Wahlrecht ist gut, nur ist aber auch notwendig, daß die Wahl wirklich zustande kommt und daß alle Volksgenossen ihr Ergebnis als den Willensausdruck der Mehrheit des deutschen Volkes anerkennen und sich ihr unterwerfen, auch wenn sie von ihrem Parteistandpunkt aus nicht mit dem Ausfall nicht zufrieden sind. Es besteht immer noch die Gefahr, daß jene äußerliche Einigkeit, die sich im Namen der Parteien und Gruppen führt, den Versuch machen wird, die Macht durch Waffengewalt an sich zu reißen und eine Gewaltherrschaft einzuführen, wie sie angeblich die von den Bolschewisten in Rußland ausgeübt wird. Die Hauptverantwortung dieser staatsgefährlichen Parteigruppen, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, haben in öffentlichen Versammlungen in Berlin bereits dazu aufgefordert, die Waffen gegen die jetzige Regierung zu ergreifen, und es wäre deshalb durchaus nicht zu verwundern, wenn ihre Anhänger den Versuch machen würden, die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung mit Waffengewalt zu sprengen, wenn ihre Zusammenkunft in den Reichstagsgebäuden nicht vorher abgebrochen würde.

Neueste Nachrichten.

Französerna Elsaß-Lothringens.

Bern, 4. Dez. (Priv.-Telegr.) Der Oberkommissar für Elsaß-Lothringen hat angeordnet, daß überall wieder die früheren französischen Besatzungen eingeführt werden müssen. Die deutschen Straßenschilder und die deutschen Firmen-Anschriften sind zu entfernen. Ferner hat der Generalinspektor für den öffentlichen Unterricht in Elsaß-Lothringen Bescheid, dem Elsaßbürger Korrespondenten des „Recht“ Paris' erklärt, daß das gesamte Unterrichtsweesen mit den französischen Unterrichtsorganen in Einklang gebracht werden müsse. Das gesamte deutsche Lehrpersonal wird abgelehnt.

Zur Besetzung von Köln.

Köln, 4. Dez. Das Gouvernement Köln ist nach Kloppeburg in Oberrhein verlegt. Seine Geschäfte im Gouvernementbezirk hat bis auf weiteres der deutsche Generalstabsoffizier im Brückenkopf Köln übernommen.

Franzosen in Wehrburg.

Wien, 4. Dez. (Priv.-Telegr.) In Wehrburg erschien gestern nachmittags ein französischer Detachement und erklärte, er sei als Quartiermeister für ein Detachement bestimmt, daß in den nächsten Tagen Wehrburg besetzen wird. Wehrburg liegt eine knappe Eisenbahnstunde von Wien entfernt an der Donau.

Ein Tagesbefehl an die englischen Truppen in Deutschland.

Aus dem Haag, 4. Dez. (Priv.-Telegr.) Beim Vortreten des deutschen Abens durch die englischen Truppen Bereich ausgenommen werden. Die vollkommenste Ordnung muß von den Truppen in Oberrhein haben, in Deutschland einzurücken, innezuhalten werden. Die Besatzung soll so wenig Verkehr wie irgend möglich stattfinden, aber jederzeit ausgesprochene Höflichkeit und Selbstbeherrschung gezeigt werden. Jede Familiarität ist zu vermeiden. Die englische Extradition im Verhältnis zu einem geschlagenen Feind ist hoch zu halten, denn alle Maßregeln zur Verhinderung von Entführungsmitteln und Verbergerungen sind Sache der Behörde selbst, aber nicht des Einzelnen. — Entsendende Anträge der Franzosen und der Belgier sind nicht bekannt.

Die Auslieferung des Kaisers und des Kronprinzen.

London, 4. Dez. Wie Reuters erzählt, hat sich bei den Beratungen der Londoner Konferenz gezeigt, daß man einstimmig der Ansicht ist, daß von Holland die Auslieferung des Ex-Kaisers und des Ex-Kronprinzen wegen Verletzung des Völkerrechts während des Krieges verlangt werden soll.

Kaiser Karl

zum Verlassen Osterreichs aufgefordert.

Basel, 4. Dez. (Priv.-Telegr.) Savas meldet aus Stopenhagen: „Politiken“ vertritt zuverlässig, daß die österreichische Regierung infolge gegenrevolutionärer agitation des ehemaligen Kaiser Karl aufgefordert hat, Osterreich unverzüglich zu verlassen.

Seltige Zusammenkünfte mit dem Militär.

Wien, 4. Dez. (Priv.-Telegr.) Nach Ausbruch der Nachrichten sind in Oberitalien Unruhen ausgebrochen. Viel Streiks kam es zu häufigen Zusammenkünften mit dem Militär. Von den italienischen Truppen kehren ganze Scharen in die Heimat zurück.

Neuer Wechsel

im Kommando des IV. Armee-korps.

Magdeburg, 4. Dez. (Priv.-Telegr.) Der kommandierende General des 4. Armee-korps, General von Kretsch, der erst vor einigen Tagen sein Amt angetreten hatte, hat dieses wieder niedergelegt und an seine Stelle ist der vor ihm antretende Hll. Kommandierende General von Werder getreten. Schwebende Befehlsverhältnisse mit dem Soldatenrat sind die Veranlassung des neuen Wechsels im Kommando des 4. Armee-korps.

bruch zu retten, muß die Deutsche Nationalversammlung nicht nur soviel als möglich zusammen-treten, sondern auch so gesichert werden, daß sie keiner Willkür von irgendeiner Seite ausgesetzt sein wird. Frei und unabhängig muß sie über das Wohl und Wehe des deutschen Volkes entscheiden können, und wenn Querscheitler von rechts oder von links sie daran hindern wollen, dann muß mit aller Energie dagegen eingeschritten werden, um das Schlimmste vom deutschen Vaterlande abzuwenden.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Was Deutschland zahlen soll.

Auslieferung des Goldes. — Wiedergutmachung.

Das „Hamburger Fremdenblatt“ meldet aus dem Haag, „Daily News“ meldet, daß gegenwärtig folgende Bestimmungen für den von Deutschland und Osterreich zu leistenden Schadenersatz von den alliierten Regierungen getroffen worden sind oder noch zur Erörterung stehen:

1. Die Zahlung einer auf eine Reihe von Jahren verteilten Geldentschädigung an Frankreich und Belgien in einer Gesamthöhe von 40 bis 50 Milliarden Mark.

2. Die zerstörten Häuser in den Städten und Dörfern beider Länder müssen durch deutsche Arbeiter und deutsches Material aufgebaut werden.

3. Die zerstörten Straßen und Wege müssen neu gebaut und hergerichtet und alles Material abgeliefert werden.

4. Der Schadenersatz für den vernichteten Schiffsraum wird entweder so erfolgen, daß deutsche Schiffe für den Ersatz der alliierten fahren müssen oder daß auf deutschen Werften Kriegsschiffe für England und die anderen Alliierten gebaut werden.

5. Eine weitere Kriegsentschädigung wird festgesetzt, um den Schaden der anderen Alliierten auszugleichen.

6. Auslieferung alles in Deutschland vorhandene Goldes, Erhebung einer Abgabe von der deutschen Kohlenzeugung durch die Alliierten und Kontrolle der Kohlenzeugung durch die Alliierten.

7. Wiederherstellung der zerstörten in Italien sowie von den anderen von Deutschen oder Osterreichern besetzten Gebiete.

Diese Forderungen sind derart, daß, wenn wir sie bewilligen müßten, wir in vollständige wirtschaftliche Erschöpfung von unseren bisherigen Feinden gerieten. Sollte nicht auch dies zur Entschädigung beitragen, die meinen, daß es gleichgültig ist, wann endlich in Deutschland wahrhafte Demokratie und wirtschaftliche Freiheit herrschen?

Der Streit um die Automotoren.

Zu dem Vermittlungsverfahren des Staatssekretärs Erberger an Generalissimo Rod wegen der Abgabe von Automotoren erzählt der Berliner Vertreter der „Köln. Post“, daß nach dem Einverständnis hiermit erklärt habe: „Die gestellte Frist war gestern vermittelt abgelaufen. Aus der Überlieferung haben die Franzosen keinerlei Forderungen gezogen.“

Nach schwerer Bedingungen!

Die „Köln. Volkszeit.“ meldet aus Berlin: Von unsterblicher Seite hören wir, daß mit einer Verklärung des Waffenstillstandes nur dann gerechnet werden kann, wenn die deutsche Regierung bereit ist, noch schwerere Bedingungen zu übernehmen. Man muß sich den Ernst des Augenblicks vor Augen halten, der vor allem vorwärts immanarietens bis jetzt noch keine offizielle Antwort der Gegner in Berlin eingetroffen ist. Mitleidig bietet die Rede Wilsons, die er vor seiner Abreise nach Europa in Washington hält, einen Anhaltspunkt hierfür. Wilson wird übrigens vom 10. bis 10. Dezember sich in Paris aufhalten.

Neue deutsche Note an Amerika.

Wie wir aus Berlin erfahren, steht eine deutsche Note an Amerika und die Alliierten bevor, die das offizielle Ergehen nach Verhandlungen über einen Präliminarfrieden ausdrückt.

Deutsche Proteste.

Durch Vermittlung der schweizerischen Regierung sind den Vertretern der Entente in Bern folgende Proteste zugegangen:

Der deutschen Regierung vorliegenden Nachrichten zufolge sind vor einigen Tagen in Belgien französische Truppen in die Wallonien einmarschiert, dann aber wieder zurückgezogen worden, da sie vor dem im Waffenstillstandsvertrag festgesetzten Termin eingetroffen waren. Es sollen aber auch jetzt noch an der Eidernde der Pfalz am Einmarsch bereit farbige Truppen stehen. Die deutsche Fronte, ob die Besetzung deutschen Gebietes durch farbige Truppen angeht, sei eine Antwort die jetzt nicht erhalten. Schon in den wenigen Tagen ihres Aufenthaltes in der Pfalz haben sich die schwarzen französischen Truppen nachzuschließen und andere Ausbreitungen aufzuheben lassen. Die deutsche Regierung muß sich aufschärfte dagegen vernachlässigen, daß der Bevölkerung des von der Entente zu behebenden deutschen Gebietes Be-



angeführt wird, nicht möglich. Um das Deutsche Reich vor dem vollständigen inneren und äußeren Zusammen-